

Bezugspreis: Vierteljahr 9.-, Halbjahr 16.-, Monat 3.-, ...

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Nonpareilzeile kostet 1,20 Mk. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 14. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Heute Abstimmung im Verkehrsstreik.

Heute, vormittags 9 Uhr, stimmen die Straßenbahner geheim über die Wiederaufnahme der Arbeit ab.

Die Schweizer Sozialdemokratie.

Eintritt in die bolschewistische Internationale. - Ablehnung des Völkerbundes.

Bern, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Parteivorstand der Schweizerischen Sozialdemokratie hat in seiner Sitzung in Olten sich mit der Basler internationalen Sozialistenkonferenz beschäftigt.

Ein Notgesetz!

Die schwierige innerpolitische Situation Deutschlands, die besonders durch die Wirkungen des Verfalls der Gewaltfriedens- und dann auch durch die Behandlung der Schulfrage gelegentlich der Verfassungsberatungen in Weimar geschaffen worden ist, birgt für Preußen und damit namentlich für die staatliche Einheit des deutschen Volkes Gefahren in sich.

Keine freie Fahrt für deutsche Schiffe.

Haag, 13. Juli. Holländisch Neuwäsbureau meldet aus London: Durch die Ratifizierung des Friedensabkommens wurde der Handel mit Deutschland den Alliierten und Neutralen künftig wieder gestattet.

Unsere Kriegsgefangenen kehren zurück!

Und wird gemeldet: Die Rückkehr der Kriegsgefangenen in das rheinisch-westfälische Industriegebiet hat begonnen.

Gegen den Ententekapitalismus!

Aufruf des Vollzugsausschusses der A.-Räte Deutschösterreichs.

Wien, 13. Juli. Ein Aufruf des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte Deutschösterreichs in der Arbeiterzeitung weist auf die kraftvolle Rundgebung von Proletariern der Ententeländer gegen den heutigetägigen Imperialismus und gegen das geplante Eingreifen der Entente in Rußland und Ungarn hin.

Oesterreichische Gegenvorschläge in Versailles.

St. Germain, 12. Juli. Die deutsch-österreichische Friedensdelegation hat heute eine neue Note überreicht, die genau formulierte Gegenvorschläge zu sämtlichen Klauseln des Vertragsentwurfes, ausgenommen die wirtschaftlichen Bestimmungen, macht.

Bestätigung unsrer Friedensratifikation durch Clemenceau.

Versailles, 12. Juli. Ministerpräsident Clemenceau hat eine Note folgenden Inhalts an den Präsidenten der deutschen Friedensdelegation gerichtet:

Sie haben mir durch Note vom 10. Juli mitgeteilt, daß der Präsident des Deutschen Reichs („reich allemand“) am 9. dieses Monats nach Zustimmung der gesetzgebenden Versammlungen die Ratifikation des am 28. Juni geschlossenen Friedensvertrages, des angeschlossenen Protokolls und des Abkommens betreffend die militärische Besetzung der Rheinlande, die am selben Tag unterzeichnet wurden, vollzogen hat.

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen Kenntnis davon genommen haben, daß die ordnungsmäßige und vollständige Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Deutsche Republik ihnen offiziell notifiziert wurde.

Persien und der Frieden.

Versailles, 13. Juli. Die persische Regierung überreichte der Friedenskonferenz in Paris eine Note, in der sie gegen die Verletzung der politischen, wirtschaftlichen und juristischen Unabhängigkeit Persiens protestiert.

Einigungsbestrebungen im Kattowitzer Eisenbahnerstreik.

Wiederaufnahme der Arbeit.

In einer Sitzung des Staatskommissars Hörning mit den Deputierten der streikenden Kattowitzer Eisenbahner wurde beschlossen, zur Regelung der strittigen Fragen eine dreigliedrige Kommission zu wählen.

Die sozialdemokratische Partei hat die Schwierigkeit der ganzen Situation voll gewürdigt. Nicht Schwäche war es, daß sie mit dem Zentrum in der Frage der Konfessionsfrage zu einem Kompromiß zu kommen verwehrt hat, sondern das volle Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der unmittelbar drohenden Gefahr des Auseinanderfallens des Reiches im Osten und Westen.

Unsere Leser wissen, daß in der letzten Zeit in Weimar im Zusammenhang mit den Beratungen über die Schulfrage in der Reichsverfassung sehr eingehende Beratungen mit preussischen Ministern stattgefunden haben.

Das Wolffsche Telegraphenbureau veröffentlicht nun eine Information, die wir wiedergeben, und in der ein Ausweg aus der akuten Gefahr in der Einführung provinzieller Autonomie in Schul- und Verwaltungssangelegenheiten angedeutet wird.

Wenn Vorkitz heißt, das Notwendige erkennen und das Notwendigste sofort tun, so haben wir es hier zweifellos mit einem Akt von hoher politischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands zu tun. Die weltliche Schule liegt uns gewiß allen am Herzen und wir hätten sehr gewünscht, daß dem deutschen Volke diese große Garantie künftiger freier geistiger Entwicklung hätte gegeben werden können.

Durch ein Gesetz der angedeuteten Art wird es sich wahrscheinlich ermöglichen lassen, die drohende Reichsflucht der rein katholischen Gebietsteile, deren Bevölkerung die hohe Bedeutung freier geistiger Fortschritte noch nicht voll erfährt hat, aufzuhalten.

Die bedeutendste Veränderung des gegenwärtigen Verwaltungssystems liegt in der Schaffung einer autonomen Provinz Oberschlesien, wodurch den lebhaften Wünschen Oberschlesiens auf Selbstständigkeit im denkbar weitesten Maße Rechnung getragen wird.

Die preussische Verwaltung ist stets von dem Gedanken ausgegangen, daß Preußen bereit sei, im Reiche aufzugehen. Da indessen zurzeit der Übergang zum Unitarismus durch bundesstaatliche Hemmungen außerhalb Preußens gehindert ist, sucht die preussische Verwaltung den Zusammenhalt des preussischen Staates

durch eine zweckmäßigere Gestaltung des Verhältnisses der Zentralregierung zu den Provinzen sicherzustellen. Von diesem Gesichtspunkte hat das Staatsministerium in der Sitzung vom 12. Juli beschloffen, einen Gesetzentwurf über die Einräumung erweiterter Selbstständigkeitsrechte an die Provinzialverbände vorzubereiten, um vor deren Auseinandersetzungen noch seine Durchberatung zu erreichen.

In diesem Gesetz wird dem Provinziallandtag das Recht der statutarischen Regelung solcher Fragen der Schul- und Kommunalverwaltung eingeräumt, die der Provinzialbevölkerung nach den gemachten Erfahrungen ganz besonders am Herzen liegen. Bei den Fragen der Schulverwaltung wird man besonders an die Erteilung des Religionsunterrichts in den Volksschulen und den Gebrauch der Muttersprache in den gemischtsprachigen Landesteilen zu denken haben.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Einräumung des provinziellen Statutarrechtes in Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung. Der beherrschende Gedanke ist hier der, daß der Provinziallandtag durch das Statut einigen Vertretern der breiten Schichten der Bevölkerung eine Beteiligung an der Verwaltung einer Staatsbehörde innerhalb der Provinz, also etwa der Bezirksregierung, ermöglichen kann. Diese Vertreter, als Beirat in geringer Anzahl organisiert, würden periodisch am Sitze der staatlichen Behörde, der sie beigegeben sind, zusammentreten und an den Vorstand dieser Behörde Wünsche, Anregungen und Beschwerden aus der Provinzialbevölkerung heranzubringen haben. Dem Provinziallandtag würde es freistehen, die Zusammensetzung und die Art der Wahl dieser Beiräte statutarisch zu bestimmen.

In letzter Linie will der Gesetzentwurf dem Provinzialauschuss das Recht einräumen, vor Beschetzung der wichtigsten Stellen, d. h. der Stellen der politischen Beamten der Provinz, mit seinem Votum gehört zu werden.

Was Oberschlesien betrifft, das bekanntlich zurzeit einen Regierungsbezirk, aber keine Provinz bildet, so will die Staatsregierung für die Zeit, nachdem die Zustimmung zu seinem Verbleiben bei Preußen geführt haben wird, die Bildung einer besonderen Provinz Oberschlesien erwägen. Damit würde auch Oberschlesien von den erweiterten Autonomierechten, die der Gesetzentwurf den Provinzen zuerkennen will, Nutzen ziehen können.

Der beschlossene Gesetzentwurf wird der Ausdruck des demokratischen Gedankens sein, daß die auf Stammesverwandtschaft begründeten Provinzen einen lebendigeren Anteil an Gesetzgebung und Verwaltung im Rahmen des Staatsganzen für sich in Anspruch nehmen und damit dem Vaterlande einen wirksameren Posten bieten sollen, als das bei der bisherigen straffen Organisation der Fall gewesen ist. Der Gesetzentwurf wird etwa so lauten:

Gesetzentwurf über die Einräumung erweiterter Selbstständigkeitsrechte der Provinzialverbände.

§ 1. Die Provinziallandtage sind berechtigt, Provinzialstatuten über folgende Angelegenheiten zu beschließen:

1. Ueber die Regelung solcher Fragen der Schulverwaltung, welche für die Bevölkerung der einzelnen Provinzen ein besonderes Interesse haben;

2. Ueber Besonderheiten des provinziellen Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Verfassungsrechts, soweit die Gesetze Abweichungen gestatten oder auf solche verweisen;

3. Ueber die Einführung einer zweiten Amtssprache neben der deutschen in gemischtsprachigen Gebieten;

4. Ueber die Einrichtung von Beiräten, die den staatlichen Behörden innerhalb der Provinz beigegeben sind. Aufgabe des Provinzialstatuts ist es, die Zusammensetzung und die Art der Wahl dieser Beiräte entsprechend den Interessen der Provinzialbevölkerung zu regeln.

§ 2. Die Provinzialstatuten (§ 1) unterliegen der Bestätigung durch die Staatsregierung.

§ 3. Vor Beschetzung der Stellen der politischen Beamten innerhalb einer Provinz ist der Provinzialauschuss zu hören.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

## Das Abschiedsgesuch Wiffells.

Der bisherige Reichswirtschaftsminister Rudolf Wiffell hat mit dem Bemerken, es zur Vermeidung wider Gerüchte gleichzeitig an die Presse zu geben, dem Reichspräsidenten sein Abschiedsgesuch eingereicht. Nachdem er darin um seine Entlassung vom Amte gebittet hat, betont er, daß er seine Ansichten über die Planwirtschaft wiederholt vor der Öffentlichkeit vertreten hat, ohne bei seinen eigenen Parteigenossen Kritik zu finden. Es heißt dann weiter:

„Ich mußte um so mehr glauben, daß meine Parteigenossen hinter mir ständen, als noch auf dem sozialdemokratischen Parteitag der jetzige Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei erklärt hat, daß die Partei geschlossen hinter meiner „Planwirtschaft“ stünde, und als der Parteitag einen Antrag annahm, der diesem meinem Grundgedanken durchaus gerecht wurde. Die Auffassung hat sich recht schnell bei meinen Parteifreunden gewandelt. Ich muß die notwendige Konsequenz daraus ziehen.

Einen organisatorischen Ausbau des Wirtschaftslebens Deutschlands hielt ich nur möglich, wenn dieser Aufbau in einem Geiste von den Wirtschaftlern erfolge, der die Allgemeininteressen über die Einzelinteressen stellt und der alle Teile des schaffenden Volkes, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Industrie und Landwirtschaft zu gemeinsamer Arbeit in treuer Pflichterfüllung der Gesamtheit gegenüber zusammenbringt. . . . Hierin habe ich mich weniger beim wirtschaftenden Volk als bei den politischen Führern getäuscht gesehen. Ich halte es für ausgeschlossen, daß zurzeit mein Programm, das der Pflicht des einzelnen gegenüber der Gesamtheit, von mir gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften durchgeführt werden kann. Um deswillen halte ich es für ausgeschlossen, weil dort auch noch heute zu wenige Reizung zeigen, für länger als für einige Wochen hinaus zu denken und Entschlüsse zu fassen. Nichts hat mich so sehr erschüttert, als die Tatsache, daß man meinen Plan, den Plan eines Mannes, dem tiefstes Eindringen in die Probleme der Zeit und vollste Aufrichtigkeit oberstes Bedürfnis ist, so kurzerhand hat abgetan. Ich bin in klarer Erkenntnis der gegenwärtigen Not und der Wege, die allein aus ihr herauszuführen können, der Parteipolitik vorangeeilt. Die gegenwärtigen Politiker lehnen mich ab, weil sie das Problem, das Deutschland lösen muß, noch nicht begreifen und innerlich noch nicht fertig sind mit dem Problem der sozialen Revolution, in der wir uns noch immer befinden.

Ich erhebe nicht den Anspruch, daß mein Plan der allein und ausschließlich richtige ist, aber irgendwelche anderen programmatischen Forderungen sind mir nicht entgegengesetzt. . . . Wenn ich unter diesen Umständen aus dem Kabinett ausscheide, so wird dieser Entschluß durch die Beobachtung gestärkt, daß es mir zu meiner Freude allmählich zwar gelungen ist, weite Kreise der produktiven Bevölkerung mit meinen Vorschlägen zugunsten der Gemeinwirtschaft aufzuführen, daß ich aber nur im Vollbesitz von Vollmachten und politischer Rückenbedeckung an die Praxis des organisatorischen Aufbaues herantreten kann. Meine Absicht war es, sowie es meine Stellung mit sich brachte, zwischen dem Drängen der produktiven Wirtschaft nach Selbstverwaltung und dem Festhalten der Politiker an hergebrachten Regierungsformen zu vermitteln. Dazu gehört jedoch, in den entscheidenden Monaten, die vor uns liegen, ein Mann, den das Vertrauen auf beiden Seiten stützt. Nachdem mich meine Kollegen im Kabinett und in der Partei im Stich gelassen haben, wird zwar die Bewegung der produktiven Wirtschaft nicht stille stehen, aber an ihre Spitze mag sich besser außerhalb ein freier Führer, als inneramtlich ein überstimmter Minister stellen. Ich jedenfalls habe keine Reizung, die große, doch kommende Reform dadurch zu schädigen, daß ich sie mit gefesselten Händen zu lenken versuche.“

Die Hochschätzung, die wir für Genossen Wiffell immer empfunden haben, gebietet uns, unser Befremden über den polemischen Ton dieses Dokumentes auszusprechen. In der Auseinandersetzung mit der Partei gehören in die Parteiorgane, nicht aber in amtliche Akten Stücke

## Militärische Willkür im Osten.

Aus Pilehne wird uns in Form einer offenen Anfrage an den Reichsministerpräsidenten ein Schreiben überfandt, dem wir folgendes entnehmen:

Der Führer des hiesigen Grenzschuttabteiles, Major v. Versen, läßt sich fortwährend ungläubliche ungelegliche Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung hiesiger Stadt zuschulden kommen. Folgender neuerlicher Vorfall steht nun diesem ganzen Verhalten des hiesigen Grenzschuttabteiles die Krone auf: Vor einigen Tagen wurde ein Bürger hiesiger Stadt, Zahnmechaniker Beder, plötzlich von zwei bewaffneten Soldaten aus seiner Wohnung geholt und einem Rittmeister der hiesigen Grenzschutztruppe vorgeführt, welcher dem Bürger erklärte, daß er ihn als „Bürgerwehrmann“ auf Befehl des Unterabteiles v. Versen mit drei Tagen Mittelarrest bestrafe, weil er als Mitglied der hiesigen Volkshilfsbürgerwehr es abgelehnt habe, Postendienst zu tun. Auf die Vorstellungen des betreffenden Bürgers hin, daß er kein Soldat, sondern freier Bürger sei, und daß niemand die Berechtigung habe, ihn militärisch zu bestrafen, wurde ihm zur Antwort, er, wie alle männlichen Bürger der Stadt, unterstehe als „Bürgerwehrmann“ den Militärregeln und die militärische Strafe sei somit zu Recht verhängt. Mein Auftraggeber fuhr daraufhin sofort persönlich zum Generalkommando II. A. R., wo ihm erklärt wurde, daß Vorgehen des Grenzschuttabteiles sei gesehlich unzulässig und dem Generalkommando unverständlich.

Infolge der Entrüstung, die dieses ganze Vorgehen des Grenzschuttabteiles in hiesiger Stadt hervorgerufen hat, hat sich der Unterabteil bereits vor etwa zehn Tagen in vorstehender Sache an die Presse wenden wollen. Die sämtlichen Briefe des Unterabteiles in dieser Angelegenheit haben aber die Weisungen nicht erreicht, wie ich annehmen muß nur deshalb, weil die hiesigen militärischen Stellen diese Post des Unterabteiles ohne weiteres abgefangen haben, um meine rechtzeitige Klage in die Öffentlichkeit zu verhindern. Der Unterabteil muß zu dieser Annahme kommen, da er in Erfahrung gebracht hat, daß seit einiger Zeit, ohne die geringste gesetzliche Grundlage seine Post der militärischen Zensur unterworfen ist.

Rechtsanwalt Böller-Pilehne.  
Die Angelegenheit, die demnach den vorgezeichneten Behörden mit dem Erfolge einer militärischen Briefzensur zur Kenntnis gebracht worden ist, muß sofort untersucht werden. Nicht der Beschwerdeführer darf der Leidende sein, sondern Major v. Versen muß gepakt werden.

## Politische Narren.

Wir haben während der Dauer des Krieges wiederholt die Erfahrung machen müssen, daß Universitätsprofessoren an politischer Einsicht weit weniger besitzen, als man bei Zulassern und sonstigen „milden“ Einwohnern europäischer Kolonien zu finden gewohnt ist. Wir müssen schon zu unserem Vergleich so weit entfernte Völkerschaften heranziehen, da ein Vergleich mit dem letzten pommerschen Grenadier eine schwere Beleidigung dieser wackeren Volksgenossen enthielte. Wieder einmal stellen sich die Herren von der hohen Wissenschaft mit einem Protest ein, der sich natürlich gegen die Auslieferung Wilhelms und anderer richtet — und ahnen gar nicht, eine wie komische Figur sie mit ihrer regelmäßig arbeitenden Protektfabrik machen. Solange sie sich aufs Kammer und ihre teuren auszuliefernden Lieben beschränken, sei ihnen ihre Beschränktheit verziehen, wenn sie aber geloben, alles daran zu setzen, ihre vergiftete Gesinnung auf Kinder und Kindeskinde zu vererben, so werden sie zu einer Volksgefahr, die von Hochverrat nicht allzu weit entfernt liegt, und auf diese Gefahr sei die Regierung nachdrücklich hingewiesen. Unter den Proteststern finden wir auch den unvermeidlichen Koetz, Gutsuh den Untergewichtigen. Bedauerlich ist, daß sich ein so feiner Kopf wie Wilmowitz-Möllendorff immer wieder von politischen Clowns im Range eines Schäfer u. a. mißbrauchen läßt.

## Verhinderung der Steuerflucht.

Weimar, 13. Juli. Der Reichsfinanzminister hat heute in einer Besprechung mit den Finanzministern der Gliedstaaten mitgeteilt, daß neue Maßnahmen zur Verhinderung der Steuerflucht und der Verschlebung von Wertpapieren bevorstehen.

## Die Internationale des Gedankens.

Ein Ruf von Henry Barbusse.

In Paris hat sich die erste große „Vereinigung der Geistigen“ konstituiert unter dem Namen „Clarté“, der zurückführt auf den großen Roman von Henry Barbusse, dessen deutsche Uebersetzung der „Vorwärts“ jetzt als erstes Blatt unter dem Titel „Erleuchtung“ veröffentlicht. Der Vereinigung gehören folgende hervorragende Franzosen an: Anatole France, Charles Richet, Romain Rolland, Victor Margueritte, Antoine Gémier, Henry Bataille, Madame Curie, Steinlen, Léon Werth, A. Charpentier, Tristan Bernard. Dieser Bund will wirken für die Eingabe an die edelsten moralischen Ideen, und ihr Programm spricht Henry Barbusse als ihr Beauftragter in einem Aufruf aus, der in deutscher Uebersetzung in der nächsten Nummer der „Weißen Blätter“ erscheint. Es heißt darin:

Der neue Geist der Befreiung, der Unbrotmähigkeit gegen alle barbarische Gesetze, der die ganze Erde durchdringt und aufwühlt, die sichere und tiefere Bewegung des Volkes, die aufsteigt, um eines Tages zu herrschen und das Antlitz der Gesellschaft zu wandeln, sie sind von den Denkern geschaffen. Die geistigen Arbeiter wollen, wie es ihre Pflicht ist, ihr Teil am Werke dieser endgültigen Wiedergeburt der Menschheit haben, von der man alles erwarten darf, denn sie ist einfach und gerecht. Sie ist da und dort noch nicht mehr als ein schönes Aufleuchten oder ein großes Atemholen; sie ist noch an vielen Punkten der Welt inmitten ihres Wollens von Born und Revolte verdunkelt, verfolgt oder sanftisiert, einem grauenhaften Auf und Ab von Erregung und Rückschlag ausgesetzt. Die Intellektuellen wollen nun, nachdem sie einander erkannt und sich brüderlich verbündet und ihre gestrigen noch zerstreuten Bestrebungen vereinigt haben, gemeinsam sich an alle Leiden wenden, um sie zu ermutigen, zu belehren, zu verteidigen und zu vereinen, um eine bessere Zukunft aufzubauen, mit ihnen und für sie.

Das ist nicht alles. Diener der republikanischen Idee in all ihrer tiefen menschlichen Güte und ihrer ganzen Weltweite, nehmen die französischen Schriftsteller, die sich heute sammeln, an, daß sie den Wettbewerb der Schriftsteller und Denker anderer Länder nötig haben; sie bieten ihnen die Hand und rufen die Internationale des Gedankens aus, parallel zur Internationale der Völker.

So handelnd sind sie patriotischer als die Chauvinisten. Das Volk, das sich mit furchtbarem Mut erhebt, braucht niemand mehr, um seine Ketten abzuschütteln. Die Bewegung, an deren Spitze wir uns entschlossen gestellt haben, erfüllt sich ohne uns. Die Demokratie ist unbesiegt. Aber diese schicksalsschwere Aufregung des Menschengeistes wird sich in einer ruhigeren

und schöneren Form entfalten, wenn sie geklärt wird durch Ausgewählte, und die Welt bedürft ist von erleuchteten Gewissen und solchen, die guten Willens sind.

## Deutsche im Auslande.

Aus dem Haag wird uns zu diesem jetzt wieder wichtigen Thema geschrieben: Der Deutsche im Auslande hat es jetzt mehr als je nötig, durch abwägendes, kühles Verhalten wieder den sympathischen Umgang mit Angehörigen anderer Völker anzubahnen. Wie bedauerlich müde es da an, wenn man sieht, wie viele unserer Landsleute durch Unwissenheit und Unvorsichtigkeit oder durch Annahme gegen diese Vorkommenheiten sündigen.

Was es vor dem Kriege oft der reisende Proh. Mister Snob aus Berlin, der im Auslande durch sein auffällendes Betragen im Zuge und im Hotel mit einem Gehaben, als ob er da ganz allein wäre — ich reise ja doch nur im Auslande, um mich benehmen zu können, wie ich will — Anstoß erregte, so sind es jetzt zwar andere Kategorien Reisender, aber auch sie können immer noch nicht erkennen, wie gerade hier Takt nötig ist zu Erfolgen und zur Vermeidung von Bergreifen. Da spricht die junge Dame im Café so laut, als ob niemand deutsch verstände; zwei reisende Deutsche in der Elektrischen, der eine, etwas gedrückt, gemessener Soldat nach seinen ausgewaschenen Kleidern, der andere, hier eingelebt, gänzlich, spottet sie ihm über deutsche Vorkommnisse, ein hiesigen aufschneiderisch, um mit seiner Ueberlegenheit über die lieben Landsleute dabei dem Volksgenossen zu imponieren. Der Holländer — mit gutem Takt begabt und, wenn er einigermachen zu den Gebildeten gehört, deutsch vernehmend — ist unangenehm berührt, hört aber doch zu, wie der andere in der Öffentlichkeit seine schamige Wäsche wäscht.

Dann die vielen Anzeigen in der Zeitung, in denen Deutsche hier Beschäftigung suchen. Man kann sie brauchen wegen ihrer Tüchtigkeit und Intelligenz, aber würden die Volksgenossen sich doch zuerst kümmern um die Art, wie solche Lexie herzulande abgefaßt werden müssen! Jeder Zeitungsanzeige würde ihnen Rat dazu bieten! Geradezu komisch wirkt es, wenn eine Deutsche annouciert, daß sie „Damen der Gesellschaft“ deutschen Unterricht erteilen wolle; denn Damen der Gesellschaft können hier durchgängig drei Sprachen sprechen, wie nicht nur die Besucher der Realschulen, sondern die Gemeindeglieder es bei dem vielen Durcheinander durch das Land nötig haben. Sprachkenntnisse zu erwerben. Und dann sind es die Damen und Töchlein, die nun auch das Ausland besüßeln. Wollten doch auch sie bedenken, daß bei ihren lustigen Abenteuerfahrten sie auch immer noch Deutsche sind und daß man auf sie achtet, daß sie also die Ehre ihres Vaterlandes hochhalten haben. Es ist solche eine leichte und kleine Pflicht, und sie sollte uns doch jetzt doppelt lieb sein. Gang und gar betäubend aber wirkt es, wenn der Deutsche im Auslande dem Deutschen so unangenehm auffällt, daß dieser von seiner Landesart den schmerzlichen Eindruck empfängt. Wenn er zum Beispiel, um mit seiner hier schon erworbenen Stellung zu prahlen, ihn anschnauzt, den Vorgesetzten anschlügt, den er hier anderen gegenüber ablegen lernte und der doch auch in unserem Vaterlande jetzt glücklicherweise als lässig empfunden wird, so daß der feinsinnige Landsmann sagen muß: „Der Holländer ist mir doch noch

lieber.“ Dabei kommt es, daß die Deutschen im Auslande oft jeder für sich allein stehen und eine unansehnlichere Figur abgeben, als es bei gegenseitiger Hilfeleistung der Fall sein würde, wie man sie bei Angehörigen anderer Völker sieht, die alles, was blamieren kann, still unter sich abmachen.

Darum: erst umschauen, umschauen im Auslande, und dann sprechen. Hedwig Franz.

## Notizen.

— Theater. Adolf Lufmann von der Staatsoper in Dresden und Dr. Hans Windelmann vom Stadttheater in Düsseldorf, beides erste Tenore, wurden für die Hauptpartie zu der im August in der Volksbühne stattfindenden Aufführung von Wilhelm Kienzl's „Auhagen“ verpflichtet.

— Die Ausstellung der Akademie der Künste wird nur noch bis Sonntag, den 20. Juli, geöffnet sein. Sie ist während der ganzen Woche von 10 bis 6 Uhr zugänglich.

— Billy Deh. Heute feiert Billy Deh seinen 60. Geburtstag, sein 50jähriges Künstlerjubiläum. Als Wunderkind begann er seine geistige Laufbahn, wurde unter der Leitung seines Vaters ein fester Virtuose und vollendete seinen Reise-Prozess bei Meister Joachim. Mit 19 Jahren war er erster Konzertmeister in Frankfurt. Dann wirkte er in Rotterdam, Manchester, Köln und abwärts zehn Jahre in England. Seit 1910 gehört er ganz Berlin, wo er als zielbewusster und beliebter Pädagoge eine Meisterklasse für Geigen spielt und die Orchesterklasse leitet. In archem Rahmen bewies er seine künstlerischen Fähigkeiten als Führer des nach Halsas Tode mit seinem Namen gezeigten Streichquartetts und als Dritter im Pünche mit Schumann und Dederl.

Deh ist ein Geiger von vornehmstem Schliff, abgeklärt und bestimmt im Geschmack, vorbildlich in der Art, wie er, technisch vollendet, hinter dem Geist des Künstlerwerks als Person zurücktritt. Sein Strich ist groß, sein Ton warm, und es fehlt ihm glücklicherweise jede kleinste Pose, jeder Sinn für Schein und Effekt. Daher wirkt sein Spiel an sich belehrend und förderlich. Sein Ruf als Geiger ist tief begründet. K. S.

— Ein Volkskunsthaus in Jena. Eines der ersten Volkskunsthäuser wird jetzt Jena erhalten. Der dortige Kunstverein hat im Einverständnis mit der Karl-Zeiss-Stiftung und der Gemeindeverwaltung die Errichtung eines solchen Hauses im Zusammenhang mit der Volkshochschule in die Wege geleitet. Die Zeiss-Stiftung wird die Kosten der Einrichtung tragen, falls die Stadt die Unterhaltungskosten befreit. Der Gemeindeort hat daraufhin 5000 M. für den Kunstverein eingekesselt. Man denkt daran, das Prinzessinnenschloßchen im Prinzessinnengarten zunächst auf sechs Jahre zu mieten.

— Die Flucht vor der Konzertsüppelei. Die gesellschaftlichen Narren in Konzerten haben überhand genommen. Jetzt will in Berlin eine Anzahl Kunstfreunde eine Vereinigung gründen, die im kommenden Winter musikalische Darbietungen eigens für sich zu veranstalten gedankt und deren Bestellte sich zu rüch-sichtslosem Benehmen und völligem Vermeiden der ständigen Narren verpflichten. Schön für die Wenigen! Aber diese Flucht vor der Mühseligkeit der Vielen bedeutet nichts gegen das Uebel selbst. Im großen wird es ungehört fortwähren.

# Steigerung der Arbeitsleistung.

## Die Betriebsdiktatur in Russland.

In welcher Weise die Arbeitsdisziplin in den nationalisierten Betrieben durchgeführt wird, zeigt folgender Auszug eines Betriebsauschusses (Betriebsrat sagt man in Deutschland) in Petersburg, den wir der Sonnabendabendausgabe der „Roten Fahne“ entnehmen:

In alle unsere Genossen, Arbeiter und Arbeiterinnen aller Abteilungen!

Genossen! Die augenblickliche Lage Rußlands, das von der ganzen Welt abgetrennt und sich selbst überlassen ist, erfordert von allen Bürgern und in erster Reihe von der Arbeiterklasse, die die Wiederaufrichtung unseres Landes in ihre Hände genommen hat, eine außerordentliche Anspannung aller Kräfte und Fähigkeiten, um den Wohlstand Rußlands und die Produktionsfähigkeit unserer Arbeit zu erhöhen.

Viele Genossen, Arbeiter und Angestellte unserer Fabrik haben ansehnlich die Tragweite des oben Gesagten noch nicht begriffen. Oft werden die Vorschriften über die Arbeitsdisziplin, die von der allgemeinen Versammlung aller Arbeiter angenommen wurden, verlehrt; es verhalten sich viele Arbeiter der Fabrik ihrer Arbeit gegenüber nicht gewissenhaft genug.

Daraus entstehen für die Fabrik Verzögerungen in der Produktion, die wieder für andere Betriebe Folgen nach sich ziehen.

Genossen, Arbeiter! Dieses Unheil muß mit der Wurzel ausgerissen werden. Wir haben beschlossen, mit allen Mitteln gegen das Sinken der Produktionskraft und die Verletzungen der festgesetzten Arbeitsdisziplin anzukämpfen.

Um diese zu erreichen und die üblichen Beschuldigungen der ganzen Arbeiterschaft zu vermeiden, wird von jetzt ab eine genaue Berechnung der Arbeitsleistungen der einzelnen Arbeiter sowie der Abteilungen vorgenommen werden.

Hiermit verkünden wir, daß künftighin jeder Arbeiter und Angestellte, der die ihm gesetzte Norm nicht erreicht oder die Arbeitsdisziplin verlegt, in eine niedere Kategorie überführt oder ganz von der Fabrik ausgeschlossen wird.

Andererseits werden Arbeiter und Angestellte, welche sich durch besondere Güte ihrer Arbeitsleistungen auszeichnen, in höhere Kategorien überführt werden.

Indem wir Euch dies mitteilen, bitten wir Euch alle zum Wohl der Allgemeinheit als auch Eurer persönlichen Interessen wegen um Eure Mithilfe.

Wir hoffen, daß die reifen Arbeiter in diesem Sinne auf die Fabriktugend einwirken, die Erfahrungen auf die Unerfahrenen und die sich ihrer Verantwortung Bewußten auf die Leichtsinnigen.

## Eine unsaubere Geschichte.

Ein Interoffizier, früherer Vorsitzender des Solotomois des Anstalters Inf.-Reg. 45, veröffentlichte die Nachricht, daß der Silberfahnen des Königs Peter von Serbien unter die Offiziere des Regiments 45 verteilt worden sei. Dem früheren Regimentskommandeur ist es nicht gelungen, den Kern seiner Angaben zu widerlegen, er stellt im Gegenteil die Tatsache fest, daß der Silberfahnen seinerzeit dem Offizierkorps auf ausdrückliche Anforderung — überlassen worden sei. Fürwahr ein selbstloser Standpunkt der verlassenen Militärs, über den Besitz eines feindlichen Königs zu verfügen. Die Verteilung des Geräts unter die Offiziere bei Auflösung des Regiments muß der Herr bestätigen.

Wir sind aber im Besonderen zu ihm der Meinung, daß die einzelnen Offiziere nicht stolz auf das liebliche Andenken sein können, die ganze Geschichte ist doch reichlich unaußer und wirkt ein selbstfames Licht auf „den besonderen Ehrenlober“, den die Offiziere des Regimentes für sich in Anspruch nahmen. Es ist überhaupt rätselhaft, warum das Silberzeug nach Auflösung des Regiments nicht in Staatsbesitz überging.

# Heute Entscheidung im Verkehrsstreit.

## Streitverhandlungen.

In der Nordringversammlung berichtete Anobell (Zentralstreikleitung) über die schwierigen Verhandlungen mit dem Unternehmerverband. Die Vertrauensleute und Arbeiterausschüsse der einzelnen Bahnhöfe und Betriebe hätten Sonn- und beschlossen, den Streikenden die Aufnahme der Arbeit zu empfehlen.

In der Diskussion sprechen sich die Redner zum größten Teil für die Fortsetzung des Streiks aus. Die 300 M. seien eine viel zu geringe Summe. Es wurde auch die Befürchtung ausgesprochen, daß der Schiedsspruch des Hauptauschusses ungünstig ausfallen werde und die 300 M. dann wieder zurückgezahlt werden müßten. Besonders heftig wurde der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes Schumann angegriffen. Schütz (Vorsitzender der Streikleitung) führt aus, daß der Hauptauschuss, der den endgültigen Schiedsspruch fällen soll, neu zusammengesetzt werden wird und so leicht werden müßte, daß ein ungünstiger Schiedsspruch unmöglich sei. Doch müßte man es ablehnen, diesen Schiedsspruch als bindend zu betrachten. Es sollte jedesmal erst die Klasse entscheiden. Von einer Rückzahlung der 300 M. könne keine Rede sein. Däumig, Malhan und Paul und Adolf Hoffmann hätten ihm alle geraten, die Aufnahme der Arbeit zu empfehlen. Der Kampf sei zuletzt nicht mehr um die 700 M. gegangen, sondern es sei eine Machtprobe gewesen. Die Arbeitgeber seien wesentlich von ihrem Standpunkt abgewichen, das Kapital habe den Rückzug angetreten. Wenn der Vorschlag jetzt nicht angenommen werde, so wird der Kampf bis zum Weibhüten gehen, neue Verhandlungen wären unmöglich. Die Arbeit müßte jetzt geschlossen wieder aufgenommen werden, da wir zu dieser gewaltigen Machtprobe zu schwach seien. Auf einzelnen Bahnhöfen sei die Stimmung schon recht manfessig.

Eine Resolution, die den gemachten Vorschlag mit Entrüstung zurückweist und für die Fortsetzung des Streiks eintritt, wird gegen eine Minderheit angenommen.

Die Stimmung der Versammlung war im allgemeinen nicht kampfbegierig. Auch der Beisatz, der den Rednern für Fortsetzung des Streiks folgte, war nur schwach. Charakteristisch ist es auch, daß eine ganze Reihe von Zwischenrufen erkennen ließ, daß sie überhaupt eine Abtönung vermeiden möchten.

Das endgültige Ergebnis wird die geheime Abstimmung in den Betrieben, heute, Montag, vormittags 9 Uhr, ergeben.

Im Bahnhof Warschauer Straße, wo sich 3000 Streikende versammelt hatten, wurde bei Beginn der Versammlung beantragt, den Vorkämpferkatern die Redezeit erheblich zu beschneiden, weil man die Streikenden eingeseit habe und nun beabsichtigt sei, sie vollends einzuwickeln. Dagegen protestierte Streikow (Zentralstreikleitung) mit größter Entschiedenheit; wenn die Versammlung sich dieser Auffassung anschließen, die gesamte Zentralstreikleitung sofort zurücktreten. Der Vorsitzende des Transportarbeiterverbandes Schumann bezeichnete die Behauptung, man wolle die Versammelten einwickeln, als wider besseres Wissen erhoben und legte ausführlich dar, daß die Verhandlung auf ausdrückliches Ersuchen der Streikleitung hin eingegriffen und die Verhandlungen herbeigeführt habe.

Streikow gab den Bericht der Verhandlungskommission, die sich aus je vier Vertretern der Streikleitung und des Transportarbeiterverbandes sowie einem Vertreter des Metallarbeiterverbandes zusammensetzte. Die S. B. D. wegen des gegen den Streik gerichteten Flugblattes scharf angriffend, betonte der Redner, indem er rein politische Ausführungen machte, daß die Streikbühnen durch Nichtbeteiligung am politischen Streik im Januar 1918 die Sympathie der Arbeiterklasse Berlins verschärft hätten. Was sie sich inzwischen an Sympathie wiedererobert haben, hätten sie sich jedoch hinsichtlich des Vorkämpfers von Rosa Luxemburg wieder verschärft, indem sie an diesem Tage nicht ausgeführt haben.

Malhan vom Volksgenrat habe am vorigen Tage in der Vertrauensmänneritzung gesagt, man solle ebenso geschlossen aus dem Streik herausgehen, wie man hineingegangen sei, da die Geschlossenheit in einer in wenigen Wochen zu erwartenden Aktion dringend nötig sei.

Schumann führte den Bericht ergänzend aus, daß an eine Rückzahlung des nur der Form wegen als Verstoß bezeichneten Betrages keinesfalls zu denken sei. Es müsse vielmehr bestimmt erwartet werden, daß der neu zusammengekündete Hauptauschuss den Forderungen der Angestellten erheblich weiter entgegenkommen werde, als dies in dem Verhandlungsergebnis zum Ausdruck komme. Der Kampf sei rein wirtschaftlich. Wie es Streikow getan habe, Unterschiede zwischen den politischen Parteien zu betonen, müsse entschieden verworfen werden. (Großer Lärm, Ruf: „Munter mit ihm!“) Bei nachfolgender Linde führte der Redner aus, daß die Organisation in jeder Hinsicht ihre Pflicht erfüllt habe und einwandfrei verfahren sei. (Ruf: „Aufhand!“)

In der anschließenden Aussprache wurde von verschiedenen Rednern entschieden gegen die Wiederaufnahme der Arbeit polemisiert. Es sprachen jedoch auch mehrere Redner mit Erfolg für den Abbruch des Streiks. Einige Zwischenrufer, die sich in schärfsten Beschimpfungen der Gewerkschaftsbeamten ergingen, wurden von Vorstehenden energisch zurückgewiesen. In einem Falle sah sich die Versammlung genötigt, einen solchen Schreihäcker, der den Gewerkschaftsbeamten vorwarf, sie hätten sich von den Unternehmern Bestechungsgelder abheben lassen, durch Beschluß zu disziplinieren. (Wie der Schelm ist, so denkt er, Red.) Vielleicht die richtige Hälfte der Anwesenden war augenscheinlich für den Abbruch des Streiks. Da indessen diejenigen, die weiterstreifen wollen, durch Lärm besonders herortreten, läßt sich ihre zahlenmäßige Stärke, die man bei derartigen lauten Kundgebungen leicht überschätzen kann, nicht angeben.

## Die Angestellten der Omnibus-Gesellschaft.

haben mit 437 von 490 abgegebenen Stimmen beschlossen, die Arbeit unter Annahme des am Sonnabend gefällten Schiedsspruches nur dann aufzunehmen, wenn die Angestellten der anderen Verkehrsinstitute ebenfalls den Streik abbrechen.

Am 10 Uhr findet heute im Bahnhof Weisbried eine Vollversammlung der Hochbahner statt. Im Anschluß an diese Versammlung wird abgestimmt.

Sollte das Ergebnis der Abstimmungen für die Beendigung des Ausstandes ausfallen, so können die Berliner aber doch nicht darauf rechnen, sich noch heute der Verkehrsmittel zu bedienen. Das gesamte rollende Material und die Weichen sind durch die beinahe zweimonatliche Ruhepause in einem Zustand, der eine Reinigung und Instandsetzung erfordert. Der Gesamtverkehr wird daher im günstigsten Falle erst am Dienstagmorgen aufgenommen werden können.

# Groß-Berlin

Die Juristische Sprechstunde fällt am Dienstag, den 15., und Mittwoch, den 16. Juli, aus.

## Zum Protest gegen Eisenbahner-Entlassungen.

Zu diesem Bericht unseres Sonnabend-Abendblattes schreibt ein Eisenbahnarbeiter:

Der Bezirksleiter Schulz, derselbe Herr, welcher in der Streikversammlung im Hofe des Werkstättenamts Berlin 2, Reibler Str. 90, erklärte: Die Lebensmittel und Kohlenzüge müßten eingestellt werden, wenn auch die Frauen und Kinder leiden müßten; er forderte weiter zum Sturz der Regierung auf. Ausgerechnet dieser Schulz jammert jetzt über die Härte der Eisenbahnerentlassung, wenn sie heute entläßt, die ganz einfach am Donnerstag, den 8. Juli, nicht zur Arbeit gingen, weil sie annehmen, die Regierung sei zu ohnmächtig, diesen Erlaß durchzuführen. Uebrigens hat der Präsident Bullig erklärt, auf Kranke und Urlaubser findet der Erlaß keine Anwendung und auch alle Gesuche um Wiedereinstellung sollen in entgegenkommender Weise geprüft werden. Wenn Schulz sagt, durch die Entlassung werden Verbrecher herangezogen, so sage ich: Da durch daß man dazu auffordert, Lebensmittel- und Kohlenzüge nicht geben zu lassen, wird man Verbrecher am ganzen Volke und da war es höchste Zeit, daß der Minister eingriff. Die Entlassenen mögen sich bei Schulz bedanken.

## Die Entlassung des französischen Sergeanten Manheim

Während von dem Nordbuden trotz aller Forderungen und der Ausbreitung der hohen Belohnung noch keine Spur gefunden ist, beginnt sich die Entscheidungsdurchsicht des Zusammenstoßes zu klären. Eine ganze Reihe von Augenzeugen wurde wieder verhört. Alle Aussagen lassen erkennen, daß der Vorfall im Zusammenhang mit der Lärmzene in der Nacht zum Donnerstag an der Kronzlerode, Unter den Linden steht. Seit diesem ersten Zusammenstoß bestand eine Spannung zwischen dem Straßenspublikum und den französischen Soldaten, die durch Heber geschürt wurde. Alle Zeugen haben selbst nicht wahrgenommen, daß die Franzosen beleidigende Ausdrücke gebrauchten und sich herausfordernd benommen haben. Sie haben nur gehört und gesehen, daß aufgerohte Leute die Beschuldigung gegen die Franzosen erhoben, daß sie Mädchen beschimpft und Offiziere verhöhnt hätten. Es haben bisher aber weder Offiziere noch Mädchen gefunden werden können, die tatsächlich beklagt worden sind. Von sehr großer Wichtigkeit wäre es, wenn sich der langhaarige alte Mann meldet, über den sich in der Nacht zum Donnerstag französische Soldaten lustig gemacht haben sollen. Er wird gebeten, sich bei Kriminalkommissar Köppen im Polizeipräsidium zu melden. Ankosten werden vergütet. Ebenso ist es dringend erwünscht, daß sich der Kaufmann Hans Müller meldet. Er hatte über die Vorgänge in der Donnerstagnacht als angeblicher Augenzeuge die darüber veröffentlichte Darstellung auf dem Polizeirevier gegeben. Ermittelt wurden unter anderem auch die Soldaten, die auf die beiden Franzosen eingedrungen sind. Auch sie waren selbst nicht Augenzeuge der gegen die französischen Soldaten erhobenen Beschuldigungen, hatten sich vielmehr nur von anderen Personen hinreichend lassen.

Die „Freiheit“ versucht ihre hinsichtlich bekannten Methoden, das deutsche Volk vor der Welt zu inszenieren und die Behörden der deutschen Republik unter allen Umständen zu verächtlichen, auch hierbei aufs neue anzuwenden. Das Blatt mag zu behaupten, daß seitens der zuständigen Behörden dem obengenannten Ereignis nicht die gebührende Bedeutung beigemessen zu werden scheint. Es verlohnt sich kaum, demgegenüber nochmals darauf hinzuweisen, daß selbstverständlich seitens der deutschen Behörden alles getan wird, um des Täters habhaft zu werden, und derartigen, die beginnende Räterepublik gefährdenden Untaten einzelner vorzubeugen.

Zur Frage des Eierwunders legt uns der von der Handelskammer beauftragte Sachverständige für den Eierhandel, Herr R. J. Jacobowitz dar:

Der Großhändler kann seine Ware — aus Gründen, die hier näher darzulegen zu weit führen würde — nicht direkt vom Produzenten (Hühnerhalter) beziehen. Er ist darauf angewiesen, die Ware draußen im Lande von einem Ankäufer (der sie von den vielen Produzenten zusammenkauft) oder aus dritter oder gar noch späterer Hand zu kaufen. Der Händler kann auch heute noch — nach Erlaß eines Richtpreises von 90 Pf. — seine Ware unter 1,20—1,25 M. erhalten. Wie die Ware nach Berlin kommt, ergeben sich pro Ei noch etwa 5 Pf. an Kosten (Fracht, Postgeld, zerstücktes Eier, eventuelle Fahrgehalte usw.), sodas der Selbstkostenpreis 1,25—1,30 M. beträgt. Nun ist dem Händler gestattet, 10 Proz. vom Selbstkostenpreis zu verdienen, d. h. 12—13 Pf. Die meisten erzielen durchschnittlich keine 5 Pf. Mehrertrag, und der Umsatz ist gering. Wenn als Folge des freien Eierhandels allerhand Leute so frei sind, die Preise auf schwindelnde Höhe zu treiben, so muß der legitime Eierhandel Berlins jede Verantwortung hierfür ablehnen. Die Inlandsproduktion hat in Friedenszeiten etwa 4 Proz. des Bedarfs gedeckt. Der Rest mußte aus dem Auslande (Italien, Rußland, Ungarn, Rumänien) importiert werden. Dieser Import ist fortgefallen. In vielen Provinzen (z. B. Westpreußen, Ostpreußen, Schlesien) besteht ein Ausfuhrverbot. Polen kommt nicht in Frage. So ist der Berliner Eierhandel auf wenige Gegenden (Weitalen, Oldenburg usw.) angewiesen. Und daß man dort die Konjunktur auszunutzen versteht, beweisen die oben angeführten Preise. Jedenfalls darf der Berliner Eierhandel bitten, von dem Vorwurf des Wunders verschont zu bleiben.

Auskunftsstelle für Offiziere und Mannschaften. Vorläufige Entlassung, Ausstellung von Fahrausweisen nur bei der Kommandantur, Kupfergraben 4.

Obstkerne auf dem Gehsteig bedeuten für jedermann die Gefahr des Ausgleitens und Verbruchs

## Kommunale Arbeiterräte.

Donnerstag, den 17. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Plenarsitzungsraum, Herrenhaus.

### Vollversammlung.

Tagesordnung: Stellungnahme zum Geschenkwurf des Stadtkreises Groß-Berlin und Fortsetzung der Tagesordnung von der letzten Vollversammlung. — Zweck Kontrolle müssen die Legitimationskarten mit dem amtlichen Arbeiterratsstempel versehen werden, ohne diesen kein Zutritt.

Volksgenrat Groß-Berlin. Kommunaler Ausschuss. J. A. Reich. Range.

Ueberstunden im Reichsverwerkungsamt. Das Buch des Pförtners, wo sich jeder Angestellte beim Verlassen des Hauses zum Zweck der Berechnung der Ueberstunden eintragen muß, zeigt Eintragungen wie 9, 10 und 12 Uhr nachts, auch von weiblichen Angestellten. Wenn da soviel zu tun ist, könnten doch ein paar Stellenlose Beschäftigung finden!

Teure Kette! Wie uns mitgeteilt wird, ist der Honorarjah für kreisärztliche Kette, die man zur Aufenthaltsermittlung in Wädern usw. braucht, auf 80 M. festgesetzt, wozu noch 8 M. Stempelgebühren kommen. Dazu kommen noch die Ausgaben für mehrere Fahrten zum Polizeipräsidium, in dessen Räumen, z. B. in Charlottenburg, diese sonderbar hohe Gebühr erhoben wird.

Für die hungernden Kinder im deutschböhmischen Erzgebirge! Der Reichspräsident Ebert hat für die Sammlung zugunsten des unerschöpflichen Hungereisens der deutschen Kinder in dem von den Tschechen besetzten deutschböhmischen Erzgebirge tausend Mark gestiftet. Hoffentlich unterstützt das deutsche Volk durch freigebige Spenden die Erzgebirger in ihrem schweren Existenzkampf. Spenden erbeten an Postcheckkonto Berlin W. 7, Nr. 19148, Kommerzbankrot Böhm.

Der Volksernährung in Groß-Berlin droht eine bedauerliche Einschränkung. Die Volks-Kaffee- und Speisehallen-Gesellschaft sieht sich gezwungen, ihre in neun Hallen und auf vier eigenen Grundstücken unterhaltenen großzügigen Betriebe in nächster Zeit einzugehen zu lassen. Bisher war es ihr gelungen, ihrer gemeinnützigen Aufgabe, der minderbemittelten Bevölkerung gesunde, reichliche und kostgünstige Ernährung zu erteilen, in vollstem Maße gerecht zu werden. Aber die stets wachsenden, für Abgabe der Speisen zu erzwingenden Preisen jetzt nötig werdenden Zuschüsse kann ein Privatunternehmen auf die Dauer nicht aufbringen und insbesondere nicht Schritt halten mit den aus öffentlichen Mitteln betriebenen öffentlichen Einrichtungen für Rosenpflege. Eine Vereinigung dieser mit dem ähnlich geleiteten Betriebe der Gesellschaft erschien daher geboten. In diesem Sinne hat die Gesellschaft dem Berliner Magistrat Uebertragung ihres Unternehmens angetragen. Da Ablehnung erfolgte, hat der Gesellschaftsvorstand Liquidation beschlossen.

Eine arge Verschwendung ist es, wenn selbst eine deutsche Filmgesellschaft in ihrem aktuellen Wochenfilm französische Militärparaden vorträgt. Kein Wunder, wenn es zu lauten Protesten kommt.

In der Nordstraße Wänter, Reichenberger Str. 141, wird das Publikum unter Bezugnahme auf die ausgefertigte Belohnung in Höhe von 5000 M. gebeten, etwa verdächtige Wahrnehmungen dem Nordbereitschaftsamt, Zimmer 88, zu melden. Es scheint festzu stehen, daß der Täter am Dienstag, den 8. Juli, um 1/2 11 Uhr morgens in raschem Lauf von der Nordstraße durch die Kaufinger Straße über den Kaufinger Platz in die Waldemarstraße gelaufen ist. Vielleicht haben ihn noch andere Personen oder ein Fahrzeug gesehen. Dieser Mann soll auffallend groß gewesen sein und dunklen Anzug getragen haben. Vielleicht meldet sich auch das Mädchen als Zeugin, das in der Nordstraße gegen 12 Uhr vor dem Hause Reichenberger Straße 141 gestanden hat. Allen Zeugen wird auf Wunsch Belohnung zugesichert. Es ist auch möglich, daß zwei Täter in Frage kommen und daß der über den Kaufinger Platz laufend gesehene Mann nur Schmiere gestanden hat. Jedenfalls muß der Täter mit Blut besetzt gewesen sein, hat vielleicht auch Kratzwunden am Handgelenk. Vielleicht ist auch bemerkt worden, daß eine Person seinen Anzug oder seine Wäsche selbst ausgewaschen oder zur Reinigungswascherei gegeben hat. Die Kriminalkommissare Hofe und Dr. Kaufhat nehmen alle Mitteilungen im Zimmer 88 oder telefonisch Polizeipräsidium, Anruf 115, entgegen.

Raubüberfall in der Leipziger Straße. Drei unerkannt gebliebene Verbrecher überfielen in der Nacht zum Sonntag Leipziger Str. 82 plötzlich den Wächter, einen 65 Jahre alten Mann namens Hermann Hamann aus der Veltmannstr. 82, als er in seiner Pförtnerstube am Hofe saß, knielten ihn und zogen ihm einen mitgebrachten Sod über den Kopf. Dann raubten sie ihm die Schlüssel und verschloffen sich Eingang in die Räume der Futterhandlung von Bientrud. Hier stahlen sie für 100 000 Mark bares Geld und Wertpapiere. Einer der Räuber hatte unterdessen bei dem Wächter Posten gestanden. Als er sich später, nachdem der Räuber verschwunden war, befreite, war niemand mehr zu sehen. Hamann hat nur leichtere Verletzungen davongetragen.

Eine falsche Kriminalpatrouille, bestehend aus einem „Fliegerleutnant“, einem „Gigelfeldwebel“ und einem „Kriminalbeamten“ erschien in der Mulackstraße bei einer Frau Rosel

und nahm eine Hausdurchsuchung nach Lebensmitteln vor. Der Zivilist wies sich mit einer Pistole als Kriminalbeamter aus, während sich die Begleiter durch ihre Uniform legitimierten. Schließlich erklärten sie sich bereit, gegen Zahlung von 500 M. von der „Beschlagnahme“ abzusehen. Die Frau bot ihnen 200 M. und während sie noch verhandelte, kamen richtige Kriminalbeamte, die inzwischen auf die falsche Patrouille aufmerksam geworden waren und verhaftete sie. Der „Herr Liegertleutnant“, der das Offizierskreuz 1. und 2. Klasse und die österreichische Tapferkeitsmedaille trug, entpuppte sich als ein Gefreiter Paul Boigt, der „Vizefeldwebel“ als ein gewisser Heinz Schneck, der „Kriminalbeamte“ als ein Schlädtergeselle Karl Schwert. Wahrscheinlich handelt es sich um die Bande, die bereits ähnliche erfolgreiche Streifzüge in verschiedenen Stadtteilen unternommen hat.

Mit 50 000 M. durchgebrannt ist ein Leutnant Sperber, der bei einer Abrechnung über die besetzt gewesenen italienischen Gebiete beschäftigt war. Der Flüchtling, der hier flucht und Schulden gemacht hatte, mußte schließlich keinen Ausweg mehr, so daß er zuguter Letzt noch einen tiefen Griff in die ihm anvertraute Kasse machte und mit dem Gelde das Weite suchte.

Ein Getraidehändler, der sich als Obermann im Reichsmarineamt ausgegeben hatte, der Lebensmittel usw. beschaffen konnte, ist von einem seiner Opfer erkannt worden, als er mit einer anderen „Frau“ im Auto fuhr. Die Dame nahm ein Auto, überholte ihn und ließ ihn auf dem Stettiner Bahnhof verhaften. Der „Schöne Eddy“ wurde als der Kaufmann Eduard Alß aus Offenbach entlarvt.

**Neukölln (Angestelltenversicherung, Ortsaus- schuß.)** Zur Aufnahme von Anträgen auf Heilversichern, Jahrespriest, Gewährung von Ruhegeld und Hinterbliebenenrente, Erhaltung von Beiträgen sowie von Auskünften, welche die Angestelltenversicherung betreffen, sind folgende Vertrauensmänner des Ortsauschusses bereit: Paul Kiehl, Bergstr. 32, Alexander Sorge, Kopstr. 36, Hermann Schertz, Widenbruchstr. 88, Kurt Rodhoff, Fuldstr. 55-56, Luja 6, Gustav Sabath, Bergstr. 33, Karl Kohn, Bodinstr. 22, Fritz Schwarz, Kopstr. 44, Reinhold Grän- dorff, Hofeggerstr. 35.

**Mit-Gliedern (Gemeindevertretung.)** Für den Feld- schuß soll der Landrat ersucht werden, die hiesigen Gendarmen nicht anderweitig anzufordern, sondern sie bis zum 1. No- vember dem Orte zu überlassen, da das Stehlen der Kartoffeln schon jetzt wieder einsetzt. Das Reichsamt wird neben 2 richterlichen Beamten aus 6 Weisern (Weisern und Gemein- tern) gebildet. Zur Amtsniederlegung des Erwerbslosenfürsorge- ausschusses führt Vennewitz (H. S. P.) aus, wenn die Befragung nicht neu vorgenommen wird, werden die Unabhängigen ihre Ge- nossen aus sämtlichen Kommissionen zurückziehen und die Ar- beit verweigern. Auch hier wollen die H. S. P., ähnlich wie in der Regierung, sich zurückziehen von der Arbeit, es werden nur politische Reden der H. S. P. gehalten, wer die stärkste Partei ist, aber keine politische Arbeit leistet. Von der S. P. D.-Fraktion erklärt Werlemann sich für Neuwahl des Ausschusses. Die Neu-

wahl wird mit 16 Stimmen angenommen. Es wird beschlossen, Wollfächer usw. aus den Vorratsbeständen für die Allgemeinheit zu erheben und eine Parade vom Flugplatz für circa 15 000 M. zu kaufen. Die Eingemeindung zu Groß-Berlin wird ebenfalls beschlossen. Endlich wird der für das Lebens- und Futtermittel- amt angestellte Herr Spiel wieder durch den Gemeindevorstand ent- lassen, da er bei der Gemeinde Oberförstern Lebensmittels- faherereien gegen Prohibition gemacht habe.

**Ziegel (Gemeindevertretung.)** Der Errichtung eines Freibades am Nordufer des Sees wird zugestimmt. Strandlänge 120 Meter. Der Ziegelband hat für 8 Jahre die Genehmigung erteilt. Kosten circa 6000 M. Den Betrieb übernimmt der Arbeiter-Schwimm- verein „Delphin“, Niederfahren mit Motorboot; einfache Fahrt 20 Pf., Hin- und Rückfahrt 30 Pf., Eintritt 10 Pf., Kleideraufbewahrung 10 Pf. Zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden im Gewerbe- gericht wurde Gen. Haies gewählt. Die Gemeindefinanz- steuer soll 300 Proz. betragen, da schon jetzt mit bedeutendem Mehr- aufwand gegenüber dem Voranschlag zu rechnen ist; 308 000 M. allein Reichsteuern durch erhöhte Gehälter und Arbeitslöhne. Für den naturwissenschaftlichen Unterricht der Humboldtschule werden 4000 M. bewilligt. Eine einmalige Zuzahlung von 200-700 M. wurde den Beamten, händlichen Angestellten, Lehrpersonen und Hilfskräften, Pensionsempfängern und Hinterbliebenen bewilligt, für jedes Kind 200 M.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

- Banow.** 125 Gramm Reis (48).
- Johannisthal.** 250 Gramm Runkelrübe (47), 250 Gramm Hafersoden (56), 125 Gramm Reis (58), 500 Gramm amerikanisches Weizenmehl (Z. II, R. 12), ein Hering (484).
- Buchholz.** Voranmeldung bis Dienstag auf 250 Gramm Runkelrübe (48) — 750 Gramm Brot (52) — Kartoffelverkauf im Antzshause Montag 8-1 Uhr weiße Karte Nr. 1-100, 2-5 Uhr 401-500, Dienstag 9-1 Uhr 501-1200, 2-5 Uhr der Rest. Kartoffelarten mitbringen.
- Lichterfelde.** 90 Gramm Bratfett, 125 Gramm Margarine, Sonderzeitung, 500 Gramm amerik. Weizenmehl (Q 6 und V 7) bis 16. Juli; 150 Gramm Grieß (41), 500 Gramm Runkel- rübe (27).
- Johannisthal.** 250 Gramm amerik. Kugelmehl (W 8). An- meldungen bis Mittwoch, 150 Gramm Suppenwürfel (32). An- meldungen bis Mittwoch, 1/2 Pfund amerik. Fleischprodukte (Z 8 und A 9) zum Preise von 2,10 M., 750 Gramm Brot (52), 1 Pfund Graupen (45), 1 Pfund Hafersoden (46).
- Mit-Gliedern.** 750 Gramm Brot (52), 125 Gramm Speck (A 9), 150 Gramm Kartoffelmehl (53), 100 Gramm Grieß (36), 100 Gramm Hafersoden (39), 50 Gramm Suppen (39), 250 Gramm Weizenmehl (40), 500 Gramm Marmelade (2), 250 Gramm amerik. Weizenmehl (C 9, D 10), 50 Gramm Bratfett (B 9). Anmeldung auf I 30 der Jugendblätter, I 11 der Einheits- jugendblätter, F 10 und G 11. Secre Fringshäuser im Lager von 8 bis 1 Uhr täglich zu 3 M.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

28. Akt. Der Frauen-Abend fällt für Monat Juli aus. **Reutbahn.** Heute, Montag 8 Uhr, Bezirksführer-Sitzung, Kind-Bräuterei, Hermannstraße (Reiner Saal). **Charlottenburg.** Die Listen vom Wahlfest sind morgen, Dienstag, von 5-7 Uhr im Sekretariat bestimmt abzurufen. — Das Parteisekretariat befindet sich Köpenicker, 4. v. J., im Volkshaus. Geöffnet während der Sommermonate Dienstag, Donnerstag, Sonnabend 5-7 Uhr. Neuaufnahmen und Beiträge werden entgegengenommen. Telef. Wilhelm 780.

**Kosames.** Mittwoch, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Abel, Priesterstr. 31 (kleiner Saal); „Das Betriebsratgesetz“ Referent Genosse Karthaus-Berlin.

**Wetterbericht.** Kühl und veränderlich, vorwiegend wolkig mit wiederholten meist geringen, nur im östlichen Stützgebiet stärkeren Regenfällen und ziemlich lebhaften westlichen bis nordwestlichen Winden.

### Gewerkschaftsbewegung

#### Gegen das Betriebsratgesetz.

Die Vollversammlung der Berliner Funktionäre der Gewerkschaften von Oberbeamten im Bankgewerbe erklärt, daß sich der Regierungsentwurf, der die leitenden Angestellten in allen Fragen des Betriebes und sogar in den nur die leitenden Ange- stellten angehenden Angelegenheiten der händigen Majorisierung durch die anderen Angestellten sowie die Arbeiter ausliefern und hierdurch die besten Köpfe unter den Arbeitnehmern von der erfolgreichen Mitarbeit am Wiederaufbau der Wirtschaft ausschließt, am Betriebsratgesetz Deutschlands aufs schärfste verurteilt. Die Vereinigung erhebt schärfsten Protest gegen den Regierungsentwurf und verlangt gemäß dem von ihr eingereichten Gegenentwurf eine paritätische Behandlung der drei Gruppen von Arbeit- nehmern, nämlich der Arbeiter, der Angestellten und der leitenden Angestellten. Die Vereinigung ist der sicheren Überzeugung, daß die Ansicht der Nationalversammlung die geplante Durchsetzung des Gesetzesentwurfes in der Regierungsjahresunter allen Umständen verhindern und bei der endgültigen Beschlußfassung über diese so unendlich wichtige Materie die eingehenden Vorschläge der Ver- einigung in gebührender Weise berücksichtigen wird.

**Zentralverband der Fleischer.** Morgen, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, Vertrauensmänner-Versammlung der ge- samten Ortsvereine Groß-Berlin im Rosenhaller Hof, Rosen- haller Str. 11.

Verantwortlich für Politik: Felix Adler, Charlottenburg, für den Uebere- teil des Blattes: Alfred Scholz, Reutbahn; für Anzeigen: Theodor Glöde, Berlin. Verlag: Hermann-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Form- druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 8.

**Theater L. 4.**  
**Königgrätzerstraße**  
1/2 Uhr: Der Hauptling.  
**Komödienhaus**  
Gastspiel Lucie Höllich  
E. Liselott von der Pfalz.  
**Berliner Theater**  
1/2 Uhr: Die tolle Komtesse.  
**Vergnügungspalast**  
Schloßbr., Schöneberg  
Kopstr. 122/123.  
Fortsetzung des  
Aufschubstempels:  
Schwarz, Schmeißer,  
gegen Jackson (Kultur).  
Beim Aufschubstempel  
d. beid. bedingt. Winger  
mußte Schwarz infolge v.  
Furchtlosigkeit den Kampf  
abbrechen. Um ein ein-  
wandig. Resultat zu erzie-  
len, hat d. Schiedsger. d.  
neuen Kampf angeordnet.  
Schiedsger.  
Scholz (Brandb.) geg.  
Bartokwisk (Polen).  
Dieser Kampf mußte ab-  
gebrochen werden wegen  
Überzeugung eines Wingers.  
Rufbeim:  
Hintze (Berlin) gegen  
Wolf (Bubapest).

**Linden-  
Restaurant**  
Gänge:  
Unter den Linden 44  
Friedrichstraße 62  
allseitig  
gerühmte  
Küche!  
Echt Pilsener und  
Münchener Biere  
Kapelle Michalek  
Gesellschaft:  
Tonadorf-Betriebe  
Ed. Bruno Tonadorf

**Sozialdemokratischer Verein Charlottenburg**  
Am Dienstag, den 15. Juni d. J., abends 7 1/2 Uhr,  
im Volkshause, Köpenickerstraße 3:  
**Ordentliche Mitgliederversammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Thema: „Nach Treibenschiebung“. Referent: Schrift-  
führer, Mitglied der Nationalversammlung, Gen. Hellmann.  
2. Wahlvereinsangelegenheiten. — 3. Berichtbeleg.  
Der Vorstand.

**Preuß.-Süddeutsche Klassen-Lotterie**  
Ziehung 1. Klasse 16. u. 16. Juli 1919. 3600  
1/10 1/5 1/2 1/1 Lose  
5,25 10,50 21,- 42,- Mark und Porto.  
Lotterie-Einnehmer, Berlin SW 19.  
Bahms, Jerusalemstr. 10, nahe Dönhofsplatz.

**Asthma  
u. Lungenleiden**  
Herr Hauptlehrer Hiller aus Bielau schreibt:  
Seit mehr als 12 Jahren litt ich an Asthma.  
Dies wurde immer schlimmer, so daß ich ein  
Lungenleiden befürchtete. Ich mußte den größ-  
ten Teil der Nacht sitzend im Bette zubringen.  
Husten und Nachtschweiß machten mich so  
matt, daß ich kaum meine Glieder schleppen  
konnte. Alle möglichen Mittel wurden ver-  
sucht — aber helfen konnte mir keines. — Da  
wandte ich mich an Sie. Ich führte die Kur  
so gut ich konnte durch und erlebte bald Besse-  
rung, die immer weitere Fortschritte machte —  
bis ich jetzt vollständig geheilt bin. Ich bin  
ein neuer, gesunder Mensch geworden und  
spreche Ihnen meinen herzlichsten Dank aus.  
Leiden Sie an Schnupfen, Hals-  
schmerzen, Heiserkeit, Husten, Atem-  
not, Auswurf zähen Schleimes, Stechen  
auf Brust und Rücken, Nachtschweiß,  
kalten Händen und Füßen, Blutspucken,  
pfeifenden u. schnurrenden Geräuschen  
in der Brust, oft heftigem, unregelmäßigem  
Herzschlag, starkem An-  
gestrichel, mangelhaftem Schlaf, schlechter  
Verdauung etc., so verlangen Sie sofort  
meine neueste, mit Vorwort eines als  
Kreislaufer geprüften Arztes ver-  
sehene Broschüre. Sie wird Ihnen  
**vollständig gratis**  
gegen Einsendung d. Portos zugesandt  
**Kurdirektor Wackwitz,**  
Kützchenbroda Sa., Schließbach 29  
Sprechstunden täglich 9-12 Uhr.

**„Libelle“**  
Jägerstraße 63a  
Geplante Weine  
Gute Küche  
Täglich Tanz. Anfang 8 Uhr  
**KAPELLE POLLSCHUK**  
Spezialarzt Dr. Hasché  
Sprechstunden 10-1, 5-8. Sonnt. 10-1.  
Friedrichstraße 90, am Bahnhof — Teilnahme —  
Friedrichstraße. geistlich.

**ZIGAREN**  
pro Mille von 650 Mark an  
gibt in großen und kleineren Posten ab  
Echter Schnupftabak Päckch.  
Schmalzer 35 Pfg.  
**Zigarren-Engros-Haus Neukölln**  
Neukölln, Schinkestraße 4-5.

Wir liefern sofort  
**Sprechapparate**  
Stagg zur Probe  
und auf Wunsch gegen  
**Monatsraten**  
verleihen Sie von  
**MIRA**  
Berlin, Alexandrinenstr. 57  
sofort u. gratis die illustrierte,  
Broschüre Nr. 1277

**Ein großer Posten  
Leder-Schuhsenkel**  
billigst zu verkaufen. Günstige Gelegenheit  
für Schuhfabriken und -Geschäfte, Sattlerwaren,  
Händler, Gemischtwarengeschäfte, Kantinen usw.  
Probierstück 80 cm lang 30,- Mk. gegen Nach-  
nahme von Klementenfabrik  
**B. Felix, Schwenninger 103 a. N.**

**Photo-Apparate**  
Objektive Makroskope  
kauft und verkauft  
Sg. Leifegang Potsdamerstr. 138  
Berlin Tauentzienstr. 12  
Schloß-Platz 4

**Sporthaus Willy Kohlmei**  
Fernspr. Ndn. 2782 Berlin N. 24 Fernspr. Ndn. 2782  
**Ziegelstr. 3** (an der Weidenammer Brücke  
und Bahnhof Friedrichstraße)

**Elektromotore**  
Gleichstrom, Drehstrom  
taucht, tauscht, wartet (11112)  
J. Schönberger, Elektro-Indust.  
Blumenstraße 100, Altes 1729.  
**Schreibmaschinen**  
Große Ausw. all. System.  
Recher, Heft-, Kugel- u.  
Vervielfältig.-Maschinen.  
**Organisations-  
und Bureau-Möbel**  
Eig. Reparatur-Werkstatt  
u. Organisationsbureau  
**Wilhelm Dreusicke**  
Kommandantenstr. 46

**Lernt dekorieren!**  
Privatschule für Schaufensterdekoration von  
**Gustav Förster,**  
Berlin W 8, Leipziger Str. 41, Prospekt V, grat.

**Möbel!**  
Möbel aller Art  
kauft man preiswert  
nur in der bekannten  
**Möbelhalle**  
„Osten“  
Berlin, Alexanderstr. 14b.  
(Ecke Schicklerstraße).

**Rattenwagen**  
und alle anderen Transport-  
mittel billigst. Groß-Nutzen  
D. Wegner, Cöpenick-Str. 71

**Lombard-Haus**  
H. Graff, Leipz. Str. 75 II  
Höchste Beheizung  
Diskret, Reelle  
Gelegenheits-  
käufe, Ueber-  
nahmen, Brillanten,  
Schmucksachen.  
10-50%, unt. Ladener.  
Geschäfts-Nr. 10-4

**KUHLA-  
PIANOS**  
Verkauf direkt ab  
Fabrik-Magazin  
**N 31, Woltstr. 17-18**

**MÖBEL**  
Lieferung kompletter  
Herren-, Speise-, Schlaf-  
und Wohnzimmer.  
ab Fabrikgebäude m. eig.  
Lanzauto nach jedem Ort.  
**MÜLLER**  
Berlin, Alexanderstr. 31.  
Tel. Kest. 1737.

**Geschäftswerts**  
In allen Farben, 3330\*  
auch viele, kleine, bunte,  
Rost-Gelbe, Braune, etc. 50 Pf.  
Druckfarben, alle, gleichfalls.  
Erläuter. Weber  
und Organist, 2. B. im bel.  
Gebäude, sucht interessierte Partei  
geleitete Abfertigung.  
A. Frl. 3718\*  
Singsg. a. 18, Berliner Weg.

**Dr. Grütering**  
Spezialarzt.  
Invalidenstraße 35  
Ecke Chausseestraße am  
Stettiner Bahnhof.  
1/11-1, 5-7, Sonnt. 11-12

**Gegen unreines Blut**  
zum Ausschleiden aller Schlei-  
men aus den Gängen gibt es  
nichts Besseres als Spitzke-  
lenzweins Renovations-Pil-  
len ganz bei, bei Verschleim,  
Geschwülsten, roten Haut,  
Nerven, Blutanbrang und  
Hochdruck. Dose 2, 3, 5, 10  
nur von Spitz, Gassenhofs  
Berl., Sprengelstr. 2, 4.

**Wie ein Wunder**  
besitzt  
San-Rat Haussalbe  
Dr. Strauß  
led. Hautausschlag, Fiecht,  
Hautjuck, des. Beinschd.,  
Krampladern der Frauen  
u. dergl. in Originaldosen  
à 50, 750 erhältlich in der  
„Elefanten-Apotheke“  
Berlin 213, Leipziger  
Straße 74 (a. Dönhofspl.)

**!!! Geld !!!**  
für jede Verzinsung. Höchste Ein-  
lösungspreise für Pfandbriefe,  
Präzisen, Goldgegenstände,  
Sparbücher, Bänder, etc. Wolff,  
Friedrichstr. 41 III, Edv. Rothstr.

**Klavier**  
voll. Flügel u. Harmonium  
taucht Schachtelweider,  
Dudower Straße 14, III,  
(Friedenstraße)

**Mandoline, Laute.**  
Gitarre, Wandermundol.  
45,-, erl. 35,-, Konzertklarin.  
125,-, 145,- (Unterstütz. 8-  
Monatshonorar, eventl. 16 Pfg.).  
Schneidwerkzeuge, etc. etc.  
mit Zubehör 125,-, Konzert-  
preise 65,-, Ernst, Dronien-  
straße 106 III.

Die Geschäftswerte des  
hiesigen Bürgermeisters für  
Kriegsinterbleibe, hoher  
Schwanz, 10, befinden sich  
von Donnerstag, 6. 17. 6. 19. ab  
im hiesigen Stadtschloß, hinter  
Flügel, 1. Trapp, 2. Stock  
Charlottenburg, 10. Juli 1919.  
Der Regierant.

### Wanzen und Motten mit Brut

werden radikal vernichtet durch **Wanzen-  
Pfeifferol** in Flaschen zu 5,- Mark,  
3,50 Mark, 2,- Mark und 1,25 Mark  
und **Mottentod Pfeifferol** (50 Pfennig)

überall zu haben. — Herr Karl Schwabe,  
Drogerie, Perleberger Straße 25, schreibt:  
Senden Sie mir wieder je ein Gros von den großen,  
je zwei Gros von den kleinen Packungen Wanzen-  
tödtung ist mit Ihrem Präparat außerordentlich zufrieden.

**Kopf- und Haarwasser Pfeifferol** gegen Unzieher für Kinder,  
Flöhe 2,75 Mark und 1,75 Mark.  
**Parasiten-Liniment Pfeifferol** gegen Ungezieher. 2,75 Mark, 1,75 Mark.  
**Triercresol-Puder Pfeifferol** gegen Flöhe, Dose 1,25 Mark.  
**Kinder-Puder Pfeifferol**, bestes Elastemittel für Kinder.  
**Toilette-Haarwasser Pfeifferol** gegen Kopfschuppen und Schin-  
nen, ein ideales Haarpflegemittel, Flasche 2,50 Mark.

**Apotheker Otto Pfeiffer & Pöhler**, N 65, Schulstr. 17,  
Lieferanten der Deutschen Armee in Fußpflege, Angestrichel- und Grobmitteln.